Der Generalsekretär
des Wissenschaftsrates

Köln, den 21.1.1992 mi
Drs. 532/92

Bericht über den Stand der Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Hochschulen der neuen Länder

Inhalt — Seite

Vorbemerkung 2

1. Empfehlungen zur Bildung von Hochschulstrukturkommissionen 3

2. Empfehlungen zu den Rechtswissenschaften 4

3. Empfehlungen zu den Wirtschaftswissenschaften 9

4. Empfehlungen zu den Politik- und Sozialwissenschaften 13

5. Empfehlungen zur Lehrerbildung 15

6. Empfehlungen zu den Agrar- und Forstwissenschaften, Lebensmitteltechnologie und Veterinärmedizin 19

7. Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften 25

8. Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen 30

9. Resumée 38

Bericht des Generalsekretärs des Wissenschaftsrates über den Stand der Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Hochschulen der neuen Länder

Vorbemerkung

Dieser Bericht ist eine aktuelle Momentaufnahme. Er schildert die vorliegenden Entscheidungen und eingeleiteten Maßnahmen der neuen Länder und des Landes Berlin zur Neugestaltung ihrer Hochschulen und beschreibt damit den Stand der Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates im Hochschulsektor.

Der Bericht basiert in erster Linie auf Antworten der Länder auf einen Fragebogen des Wissenschaftsrates von Mitte Dezember 1991. Die Informationen sind unterschiedlich ausführlich und nicht in allen Fällen vollständig. Sie vermitteln jedoch insgesamt einen guten Überblick über den Stand der Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu Beginn des Jahres 1992.

Dieser Bericht geht nicht auf die Medizinischen Fakultäten ein. Hier wurden die Empfehlungen des Wissenschaftsrates erst im September 1991 verabschiedet. Der Wissenschaftsrat hat die Länder gebeten, anläßlich der Beratungen der Anmeldungen zum 22. Rahmenplan für den Hochschulbau über die Umsetzung der Empfehlungen und ihre Planungen für die Medizin zu berichten.

1. Empfehlungen zur Bildung von Hochschulstrukturkommissionen

Alle Länder haben die Empfehlungen des Wissenschaftsrates von November 1990 aufgegriffen, zur Beratung in hochschulpolitischen Angelegenheiten und zur Unterstützung bei der Neustrukturierung ihrer Hochschulen jeweils eine Hochschulstrukturkommission einzurichten. In Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg werden für den Aufbau der Fachhochschulen ergänzend spezielle Fachhochschulkommissionen eingerichtet. Im übrigen arbeiten die Hochschulstrukturkommissionen mit Unterkommissionen.

Im Interesse des Informationsaustausches zwischen den (Landes-)Hochschulstrukturkommissionen und dem Wissenschaftsrat sowie untereinander hat der Vorsitzende des Wissenschaftsrates die Vorsitzenden der Hochschulstrukturkommissionen im Herbst 1991 zu zwei gemeinsamen Beratungen eingeladen. Dieser Informationsaustausch soll 1992 fortgesetzt werden.

Die zur Januar-Sitzung des Wissenschaftsrates vorgelegten Empfehlungen zu den Kunst- und Musikhochschulen sowie zum Design an Fachhochschulen der neuen Länder sind in Abstimmung mit den Hochschulstrukturkommissionen vorbereitet worden. Die Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates "Neugründung einer Universität Erfurt" hat sich mit Vertretern der Hochschulstrukturkommission des Landes Thüringen über dort entwickelte Vorstellungen über die Gründung einer Universität in Erfurt beraten. Eine entsprechende gegenseitige Information und Abstimmung ist auch im Zuge der Vorbereitung der für Mai 1992 geplanten Empfehlungen zu den Geisteswissenschaften an den Hochschulen und in den Naturwissenschaften an den Hochschulen vorgesehen.

2. Empfehlungen zu den Rechtswissenschaften

Die Regierungen der neuen Länder und des Landes Berlin haben im Dezember 1990 beschlossen, die Juristischen Fakultäten in Ost-Berlin, Halle, Leipzig, Jena sowie die Hochschule für Recht und Verwaltung in Potsdam-Babelsberg nicht als Landeseinrichtungen zu übernehmen, sondern gemäß Artikel 13 Absatz 1 und Absatz 3 des Einigungsvertrages abzuwickeln.

Der Wissenschaftsrat hat im März 1991 für die erste Phase des Hochschulausbaus in den neuen Ländern, die bis Mitte der 90er Jahre geht, die Neuerrichtung von insgesamt sieben Juristischen Fakultäten mit einer Grundausstattung von 14 Lehrstühlen empfohlen. Für Sachsen wurden zwei Fakultäten (Dresden und Leipzig) und für alle anderen Länder eine Fakultät empfohlen.

Aus dem Hochschulerneuerungsprogramm können für die vom Wissenschaftsrat empfohlenen Fakultäten Gründungsprofessuren finanziert werden. Es liegen keine vollständigen Informationen vor, welche der im nachfolgenden für die einzelnen Fakultäten ausgeschriebenen Professorenstellen aus Mitteln des HEP finanziert werden sollen. In einigen Fällen haben die Länder dies mitgeteilt. Dann wird hier der Terminus Gründungsprofessur verwendet.

<u>Mecklenburg-Vorpommern</u>

Der Wissenschaftsrat hatte für die erste Phase des Hochschulausbaus eine Juristische Fakultät empfohlen. Das Land hat sich dazu entschlossen, an den beiden Landesuniversitäten Rostock und Greifswald jeweils eine Juristische Fakultät aufzubauen. In Greifswald wurde mit dem Studium im Februar 1991 (für das WS 1990/91) begonnen, in Rostock wurde der Studiengang im Oktober 1991 eröffnet.

Die Lehre wird zur Zeit noch durch Professoren aus den alten Ländern und durch Lehrbeauftragte getragen.

Für die Fakultät in Greifswald wurden 1991 9 Professuren ausgeschrieben, in 8 Fällen sind Rufe erteilt worden, ein Ruf wurde bislang angenommen.

Für die Fakultät in Rostock wurden bislang 6 Professuren ausgeschrieben. Berufungen sind noch nicht erfolgt. In fünf Fällen haben die erstplazierten Bewerber den Ruf abgelehnt. Die Verhandlungen mit den Zweitplazierten sind noch nicht abgeschlossen.

Brandenburg

Der Wissenschaftsrat hatte für die erste Phase des Hochschulausbaus eine Juristische Fakultät für die neu gegründete Universität Potsdam empfohlen. Im übrigen heißt es in den Empfehlungen: "Für weitere Ausbauplanungen wird zu überlegen sein, ob in Frankfurt/Oder eine weitere Juristische Fakultät errichtet werden kann."

Das Land hat eine neue Juristische Fakultät in Potsdam gegründet, an der die Studenten der vom Land nicht übernommenen Hochschule für Recht und Verwaltung in Potsdam-Babelsberg (1991 rd. 1.100) ihre Ausbildung fortsetzen konnten. Die Fakultät hat die Gebäude und einen Teil des Personals dieser Einrichtung übernommen. Gründungsdekan ist Professor Dr. Grawert von der Universität Bochum.

Ausgeschrieben wurden 9 C4-Professuren. Ende 1991 hatten 6 Bewerber den Ruf angenommen.

Das Land hat mit dem Brandenburgischen Hochschulgesetz vom 24.6.1991 in Frankfurt/Oder eine zweite Landesuniversität gegründet, für die ebenfalls eine Juristische Fakultät vorgesehen ist. Für diese Fakultät, die den Lehrbetrieb im WS 92/93 aufnehmen soll, wurden Anfang 1992 insgesamt 12 Professuren ausgeschrieben.

Das Konzept für diese als "Europa-Universität" geplante Neugründung wird von der Gründungskommission (Vorsitz Professor Ipsen, Universität Bochum) vorbereitet.

Der Wissenschaftsrat hat zu dieser Neugründung noch keine Stellungnahme abgegeben. Ein Antrag auf Aufnahme der Hochschule in das Hochschulverzeichnis des HBFG liegt noch nicht vor.

Berlin

Das Land hat entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates an der Humboldt-Universität eine neue Juristische Fakultät gegründet.

Eine Struktur- und Berufungskommission (Vorsitz Professor H. Meyer, Universität Frankfurt) hat die Berufungsverfahren durchgeführt und Kündigungsvorschläge für den im Rahmen von Berufungsverfahren nicht berücksichtigten Lehrkörper erarbeitet. Für den Mittelbau sind befristete Beschäftigungsverhältnisse vorgesehen.

Die Lehre wird von 12 Gastprofessoren und Gastdozenten getragen.

Ausgeschrieben wurden 24 Professorenstellen (weitere 8 sind geplant). 7 Rufe wurden 1991 erteilt, in Kürze sollen weitere 17 erteilt werden. Rufannahmen liegen noch nicht vor.

Sachsen-Anhalt

Das Land hat entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates an der Universität Halle eine neue Juristische Fakultät gegründet.

Für fünf Gründungsprofessuren (Finanzierung aus dem HEP) liegen Vorschläge der Berufungskommission (Vorsitz Professor Schreiber, Universität Göttingen) vor. Die Rufe ergehen derzeit. Die endgültige personelle Ausstattung der Fakultät liegt noch nicht fest.

Sachsen

Das Land hat entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates an der Universität Leipzig und an der TU Dresden ("echte" Neugründung) Juristische Fakultäten gegründet.

In Leipzig wird die Lehre von Mitgliedern der Universität, Professoren aus den alten Ländern und Lehrbeauftragten getragen. Ausgeschrieben wurden bislang 2 C4-Stellen. Im Dezember 1991 wurde der erste Ruf erteilt.

In Dresden wird der Lehrbetrieb durch Professoren baden-württembergischer Hochschulen getragen. Das Land Baden-Württemberg finanziert diesen Fakultätsaufbau. Ausgeschrieben wurden bislang 5 C4-Stellen. Im Dezember 1991 wurden die ersten vier Rufe erteilt.

Thüringen

Das Land hat entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates an der Universität Jena eine neue Juristische Fakultät gegründet.

Aufgrund des Hessen-Thüringen-Programmes und einer "Bürgschaftserklärung" der Juristischen Fakultät der Universität Marburg wird die Lehre im laufenden Semester weitgehend von Professoren aus Marburg, Frankfurt und Erlangen abgedeckt. Es werden alle erforderlichen Vorlesungen, Repetitionen, Klausurenkurse, Übungen und Zwischenprüfungen angeboten.

8 C4-Stellen wurden bislang ausgeschrieben. In sechs Fällen sind im Dezember 1991 Rufe erteilt worden.

Zwischenbilanz

Erneuerung und Ausbau der juristischen Fakultäten erfordern eine große Zahl von Neuberufungen, von denen einige für fünf Jahre aus Mitteln des Hochschulerneuerungsprogramms finanziert werden können.

Würden bereits in der ersten Ausbauphase 9 Fakultäten mit 14 Professuren errichtet, so würden 126 Professorenstellen zu besetzen sein. Bislang sind

- 80 Professuren ausgeschrieben (darunter 24 an der HU Berlin),

- 32 Rufe erteilt und

- 7 Rufe angenommen worden (darunter 6 an der Uni Potsdam).

Diese Zwischenbilanz zeigt, daß die Ausschreibungs- und Berufungsverfahren erst in wenigen Fällen abgeschlossen werden konnten.

Mehr als zwei Drittel der Rufe sind erst im Dezember erteilt worden. In einer Reihe von Fällen, in denen die Rufe bereits im Sommer herausgingen, führten die Verhandlungen nicht zum Erfolg, so daß die Länder derzeit mit den Zweitplazierten verhandeln.

3. Empfehlungen zu den Wirtschaftswissenschaften

Die Sektionen für Wirtschaftswissenschaften wurden von den neuen Ländern in einigen Fällen übernommen, in anderen nicht. Die Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst, an der eine große Zahl von Ökonomen ausgebildet wurde, wurde vom Land Berlin nicht übernommen. Über den künftigen Status und die Aufgaben der Handelshochschule Leipzig wurde noch nicht entschieden.

Der Wissenschaftsrat hat empfohlen, die Wirtschaftswissenschaften, die an 6 Universitäten, 3 Technischen Universitäten und 13 Technischen Hochschulen (vielfach nur mit einem Spezialstudiengang) gelehrt wurden, personell grundlegend zu erneuern. In der ersten Phase des Hochschulausbaus wurden für Sachsen zwei (Dresden und Leipzig) und für alle anderen Länder jeweils eine Vollfakultät (VWL und BWL) empfohlen. Für die Technischen Universitäten Chemnitz und Magdeburg wurde Betriebswirtschaft empfohlen.

Im Interesse eines differenzierten Studienangebots wurde der Aufbau von Betriebswirtschaft an den neuen Fachhochschulen empfohlen.

<u>Mecklenburg-Vorpommern</u>

An der Universität Rostock gab es eine Sektion für Wirtschaftswissenschaften, die vom Land übernommen wurde. Der Neuaufbau einer Vollfakultät ist geplant.

Eine Reihe von Professoren und Gastdozenten aus den alten Ländern ist am Lehrbetrieb der Fakultät beteiligt.

Eine Berufungskommission wurde eingesetzt, Ausschreibungen sind erfolgt, Rufe sind jedoch noch nicht ergangen.

An der Universität Greifswald, an der die Wirtschaftswissenschaften nicht vertreten waren, wurden im Sommersemester 1991 Studenten für wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge immatrikuliert. Die Universität hatte Professuren ausgeschrieben und Professoren und Gastdozenten aus den alten Ländern für Lehrveranstaltungen gewonnen. Das Land hat beschlossen, in Greifswald die Wirtschaftswissenschaften erst zu einem späteren Zeitpunkt einzurichten. Der Universität wurde untersagt, den Lehrbetrieb im Wintersemester 1991/92 fortzusetzen. Den Studierenden wurde der Wechsel an die Universität Rostock angeboten.

Brandenburg

Der Wissenschaftsrat hat eine Vollfakultät empfohlen, von einer Standortempfehlung jedoch abgesehen. Das Land plant Vollfakultäten an den Universitäten Potsdam und Frankfurt/Oder.

Für die Universität Potsdam ist eine Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät geplant. Für die Wirtschaftswissenschaften wurden 6 C4-Stellen ausgeschrieben (3 BWL, 2 VWL, 1 Statistik).

Für die neu gegründete TU Cottbus (vgl. Kapitel 7) ist ein Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen geplant. Im Oktober 1991 wurden hierfür zwei der BWL gewidmete Professuren ausgeschrieben. (Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu Cottbus vgl. Kapitel 7).

Berlin

An der HU wird entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates eine neue Vollfakultät für Wirtschaftswissenschaften aufgebaut. Die Lehre wird zur Zeit überwiegend durch Gastdozenten, Dozenten und Emeriti aus den alten Ländern abgedeckt.

Eine Struktur- und Berufungskommission (Vorsitz Professor Krelle, Universität Bonn) hat Berufungsvorschläge erarbeitet und Kündigungsvorschläge für den bisherigen, aber nicht mehr auf Listen berücksichtigten Lehrkörper vorgelegt. Zum Teil sind die Kündigungen bereits erfolgt.

Für die Fakultät sind 34 Professorenstellen vorgesehen. 30 Stellen wurden 1991 ausgeschrieben. Für 11 Stellen liegen die Listen beim Senator, 1 Ruf ist erteilt.

Sachsen-Anhalt

Das Land baut entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates eine Vollfakultät an der Universität Halle auf. Die Berufungsverfahren laufen, ein Ruf ist bereits ergangen.

In Merseburg wurde im WS 91/92 letztmalig für einen universitären wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang immatrikuliert. Mit der beabsichtigten Schließung der TH Merseburg entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates läuft das Institut für Unternehmensführung aus.

Das Land richtet an der TU Magdeburg entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates einen Studiengang Betriebswirtschaftslehre ein. Ein ebenfalls empfohlener Aufbaustudiengang für Ingenieure zum Wirtschafts-Ingenieur ist zur Zeit nicht vorgesehen. Ein Strukturbeirat für die Fakultät hat die Berufungen vorbereitet. 12 Ausschreibungen (8 BWL, 2 VWL, 1 Recht, 1 Quantitative Methoden) sind erfolgt. Die erste Berufung steht bevor.

Sachsen

Das Land hat noch nicht über die künftige Struktur seiner Hochschulen sowie deren Fächerstruktur und den Personalbestand entschieden.

Für die Wirtschaftswissenschaften an der Universität Leipzig und an den Technischen Universitäten Dresden und Chemnitz wurden jeweils 4 Gründungsprofessuren ausgeschrieben. Für die Bergakademie Freiberg sind 2 Gründungsprofessuren ausgeschrieben. Berufungen sind noch nicht erteilt. (Zum Wirtschaftsingenieurwesen an der HfV Dresden s. Kapitel 7.)

Für die Handelshochschule Leipzig wird eine Umwandlung in eine private Hochschule erwogen, die sich vor allem der Weiterbildung widmen soll. Die Planungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen.

Thüringen

Das Land baut entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates eine Vollfakultät an der Universität Jena auf. Im Mai 1991 wurden7 C4-Stellen für BWL, 4 C4-Stellen für VWL sowie jeweils eine für Wirtschafts- und Sozialstatistik und Wirtschaftsgeschichte ausgeschrieben. 10 Berufungen erfolgten im August, 3 im Dezember. 6 Bewerber haben inzwischen den Ruf angenommen.

Der Wissenschaftsrat hat ohne Standortnennung für Thüringen Wirtschaftsingenieurwesen empfohlen. Das Land hat sich für den Standort Ilmenau entschieden und 5 C4-Stellen und 5 C3-Stellen (4 in BWL, 2 in VWL, 4 in Wirtschaftsinformatik) ausgeschrieben. Die Berufungskommission wird die ersten Listen im Januar 1992 erstellen.

Zwischenbilanz

Der Neuaufbau der Wirtschaftswissenschaften ist insgesamt (Ausnahme Thüringen) noch nicht weit fortgeschritten. Zum Erfolg von Berufungsverhandlungen läßt sich noch wenig sagen. Bei den Standorten und Fächern zeichnet sich mit Ausnahme von Brandenburg (paralleler Aufbau von 2 Voll-Fakultäten und zusätzlich Wirtschaftsingenieurwesen in Cottbus) eine Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates ab.(Für Sachsen stehen die abschließenden Entscheidungen noch aus).

4. Empfehlungen zu den Politik- und Sozialwissenschaften

Vom Wissenschaftsrat wird der Neuaufbau der Sozialwissenschaften an den drei Universitäten empfohlen, an denen dieses Fach bereits vor 1989 mit eigenen Studiengängen vertreten war (HU Berlin, Halle, Leipzig). Zusätzlich soll es an weiteren Universitäten als Haupt- und Nebenfach eingerichtet werden (Dresden, Greifswald, Rostock und Jena). Die Politikwissenschaften sollen im Haupt- und Nebenfach in allen Ländern zumindest an einer Universität eingerichtet werden.

Mecklenburg-Vorpommern

Die Planungen für die Politik- und Sozialwissenschaften an den beiden Universitäten Rostock und Greifswald sind noch nicht abgeschlossen. Für Soziologie in Rostock wurde eine Professur ausgeschrieben.

Brandenburg

Für die Universität Potsdam ist eine Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät geplant. Ausgeschrieben wurden 4 C4-Stellen für Politikwissenschaften, 2 C4-Stellen für Soziologie und eine C4-Stelle für Didaktik der Politik- und Sozialwissenschaften.

Berlin

An der HU Berlin ist ein gemeinsames Institut für Soziologen und Politologen geplant. Eine Struktur- und Berufungskommission (Vorsitz Professor Neidhardt, WZB Berlin) hat Berufungsvorschläge und Kündigungsvorschläge für den bisherigen, auch nicht mehr auf Listen berücksichtigten Lehrkörper erarbeitet. Vorgesehen sind 17 Professorenstellen, von denen 14 ausgeschrieben wurden. Ende 1991 waren 7 Rufe erteilt.

Sachsen-Anhalt

An der Universität Halle sind eine Reihe von Professuren für Politik- und Sozialwissenschaften ausgeschrieben. In Politikwissenschaft sind zwei Rufe ergangen, drei weitere für Soziologie sollen Anfang 1992 folgen. Weitere Berufungsverfahren laufen.

Der relativ rasche Aufbau dieser Fächer soll nach den Vorstellungen des Landes eine enge Zusammenarbeit mit der Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KOSOPOWA) ermöglichen, die ihren Sitz in Halle genommen hat. Die Kooperation mit dieser Kommission soll den Sozialwissenschaften an der Universität Halle fruchtbare Impulse geben.

Sachsen

Für die Universität Leipzig sind bisher 2 soziologische und 3 politologische Professuren ausgeschrieben, an der TU Dresden jeweils eine Professur. Rufe wurden noch nicht erteilt.

Thüringen

Für die Universität Jena wurden im August 5 Professuren für Soziologie und 4 Professuren für Politologie ausgeschrieben. Zunächst sollen jeweils 3 C4-Professuren besetzt werden. Rufe wurden noch nicht erteilt.

5. Empfehlungen zur Lehrerbildung

Der Wissenschaftsrat hat die generelle Überführung der Ausbildung von Primarstufenlehrern von Instituten für Lehrerbildung an Hochschulen vorgeschlagen und dabei die Möglichkeit der Fortführung von Pädagogischen Hochschulen offengelassen.

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates enthalten ferner organisatorische Vorschläge zur Neuordnung der Ausbildung (zweiphasige Ausbildung, Verbindung von Fächern, Fachdidaktik und Pädagogik, Verhältnis von theoretischen und praktischen Ausbildungsanteilen). Alle Länder haben mittlerweile eine zweiphasige Lehrerausbildung eingeführt, Brandenburg hat sich für ein integriertes Konzept entschieden.

Mecklenburg-Vorpommern

Vor dem Hintergrund der Entscheidung des Landes, die Pädagogischen Hochschulen in Neubrandenburg und Güstrow in die Universitäten Greifswald beziehungsweise Rostock zu integrieren, hat der Wissenschaftsrat empfohlen, an den beiden Universitäten alle Lehramtsstudiengänge für allgemeinbildende Schulen anzubieten. Für Rostock sollen darüber hinaus sonderpädagogische und gegebenenfalls berufspädagogische Ausbildungsgänge vorgesehen werden.

Das Land ist dieser Empfehlung gefolgt. Je ein Lehrstuhl in Sonderpädagogik und allgemeiner Pädagogik ist für die Universität Rostock ausgeschrieben worden. Rufe sind bisher noch nicht ergangen.

Brandenburg

Der Wissenschaftsrat hat empfohlen, an der Universität Potsdam Lehramtsstudiengänge für alle drei Lehrämter an allgemeinbildenden Schulen sowie die Ausbildung von Wirtschaftspädagogen vorzusehen. Von der Einrichtung sonderpädagogischer Studiengänge hat er unter Bedarfsgesichtspunkten abgeraten. Die Weiterführung einer isolierten Grundschullehrerausbildung am Standort Cottbus hat der Wissenschaftsrat ebenfalls für nicht vertretbar erklärt.

Das Land hat für die Universität Potsdam 7 C4-Professuren für Pädagogik ausgeschrieben. In Cottbus soll die Lehrerausbildung auslaufen.

Berlin

Für den Ostteil von Berlin, das die Westberliner Regelungen übernommen hat, wurden keine Empfehlungen zur Lehrerausbildung ausgesprochen.

Sachsen-Anhalt

Der Wissenschaftsrat hat für den Fall der Fortführung der Pädagogischen Hochschulen in Magdeburg und Halle-Köthen eine Arbeitsteilung mit den Universitäten vorgeschlagen. In diesem Fall sollte die Ausbildung von Grundschullehrern an Pädagogischen Hochschulen, von Lehrern für die Sekundarstufe I sowohl an PH`s als auch an Universitäten und die Gymnasiallehrerausbildung nur an Universitäten stattfinden.

Das Land hat noch keine Entscheidung zum Fortbestand der PH Magdeburg getroffen. Die sonderpädagogischen Studiengänge werden dort einstweilen weitergeführt, der Wissenschaftsrat hatte jedoch von sonderpädagogischer und berufspädagogischer Ausbildung an PH`s abgeraten. Aus Mitteln des HEP ist eine Gründungsprofessur für Allgemeine Pädagogik eingerichtet worden.

Für die PH Halle/Köthen ist die Weiterführung geplant. Eine Kooperation mit der Uni Halle ist in der Lehrerbildung vorgesehen. An der PH Halle/Köthen sind bislang 6 Professuren ausgeschrieben und 4 Rufe ergangen.

An der Uni Halle ist eine Berufung für Religionspädagogik erfolgt. Für die TU Magdeburg wird eine Erweiterung des Studienangebots für das Lehramt gemäß den Empfehlungen vorgesehen.

Sachsen

Für das Land Sachsen hat der Wissenschaftsrat empfohlen, die Pädagogischen Hochschulen (Dresden, Leipzig, Zwickau) mit den Universitäten zusammenzuführen und eine Arbeitsteilung zwischen den Hochschulen in der Lehrerbildung vorzusehen. Die Ausbildung von Lehrern für Sonderschulen und kaufmännische Berufsschulen sollte rasch aufgenommen werden.

Die Ausbildung von Grundschul- sowie Mittelschullehrern sollte an den Standorten Dresden, Leipzig und Zwickau vorgesehen werden. Studiengänge für Gymnasiallehrer sollten die Universitäten Leipzig und Dresden anbieten. An den Technischen Universitäten Dresden und Chemnitz sollte die gewerbliche Berufsschullehrerausbildung stattfinden, für die kaufmännischen Fächer sowie für Sonderschulen hingegen an der Universität Leipzig.

Das Land hat entschieden, die drei Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten zu integrieren. Ausschreibungen zum Neuaufbau der Pädagogischen Fachbereiche sind bisher lediglich an der TU Dresden (allgemeine und vergleichende Pädagogik, Grundschulpädagogik, Sozialpädagogik - jeweils C4) und an der TU Chemnitz (C4 Grundschulpädagogik) erfolgt.

Thüringen

Der Wissenschaftsrat hat sich zu den beiden bisherigen Standorten der Lehrerausbildung Universität Jena und PH Erfurt geäußert und das Konzept des Landes für eine koordinierte Arbeitsteilung zwischen den beiden Hochschulen positiv beurteilt. Er hat empfohlen, die Ausbildung von Grundschullehrern ausschließlich an der PH Erfurt, die Ausbildung von Gymnasiallehrern nur an der Universität Jena vorzusehen. Studiengänge für das Lehramt an "Regelschulen" sollten an beiden Hochschulen angeboten werden; dabei sollte eine fachliche Abstimmung zwischen beiden Standorten vorgenommen werden.

Das Land setzt diese Empfehlungen um. Für die Universität Jena sind 5 Professuren für Pädagogik ausgeschrieben. Rufe sind noch nicht ergangen. Drei weitere Professuren stehen zur Ausschreibung an.

Für die PH Erfurt sind 6 Professuren in Pädagogik und 4 in Psychologie ausgeschrieben. Unter den Ausschreibungen ist auch eine Profesur (C3) für Sonderpädagogik, die für Erfurt nicht empfohlen worden ist.

Die Außenstelle Mühlhausen der PH Erfurt wird aufgegeben, die Ausbildung laufender Studiengänge dort jedoch zu Ende geführt.

Zwischenbilanz

Die Länder folgen den Empfehlungen zur Lehrerbildung in ihren Planungen weitgehend. Der personelle Neuaufbau der erziehungswissenschaftlichen Fachbereiche befindet sich indessen noch im Anfangsstadium. Die meisten Professuren befinden sich noch im Ausschreibungsverfahren; am 1.12.1991 waren erst 5 Rufe ergangen.

6. Empfehlungen zu den Agrar- und Forstwissenschaften, Lebensmitteltechnologie und Veterinärmedizin

Für die Agrarwissenschaften hat der Wissenschaftsrat die Konzentration an zwei Fakultäten an der HU Berlin (mit Gartenbau und Fischwirtschaft) und an der Universität Halle empfohlen. Außerdem wird empfohlen, dieses Fach an drei Fachhochschulen (Rostock/Dummerstorf, Köthen, Dresden) aufzubauen.

Mecklenburg-Vorpommern

Die Landwirtschaftliche Fakultät der Universität Rostock bietet die Studiengänge Agrarökologie sowie Landeskultur und Umweltschutz an. Der Wissenschaftsrat hat die Einstellung des erstgenannten Studiengangs (hier handelt es sich um den in Teilen neu konzipierten früheren Studiengang Landwirtschaft) und die Stärkung des zweitgenannten Studiengangs empfohlen. Im Hinblick auf die notwendigen Stellenkürzungen an den Hochschulen des Landes wird die Landwirtschaftliche Fakultät ihren Personalbestand einschränken müssen. In diesem Zusammenhang sind im einzelnen noch nicht feststehende Änderungen im Studienangebot notwendig und vom Land auch geplant.

Über den Aufbau eines FH-Studiengangs ist noch nicht entschieden. Für eine solchen Fachbereich besteht ein Interesse seitens der neugegründeten FH Neubrandenburg.

Berlin

Das Land Berlin und die beteiligten Hochschulen planen die Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Agrarwissenschaften (Aufbau einer neuen Fakultät an der HU durch Fusion der beiden Fakultäten von TU und HU). Zur Zeit ist an der HU eine Struktur- und Berufungskommission tätig, die zunächst das wissenschaftliche Personal des betroffenen Fachbereichs evaluieren soll. Gleichzeitig hat der zuständige Senator den Entwurf für ein Fusionsgesetz vorgelegt, das nach Abstimmung mit den Hochschulen im Frühjahr 1992 verabschiedet werden soll. Aufgrund dieses Gesetzes sollen im Frühjahr 1992 Gründungsdekan und Gründungskomitee bestellt werden, das bis zum Beginn des WS 92/93 die Fusion der Fachbereiche von TU und HU vorbereiten und ab WS 92/93 dann die Funktion eines Fachbereichsrates übernehmen soll. Entsprechendes gilt für die Veterinärmedizin (FU und HU) sowie für die Lebensmitteltechnologie (TU und HU).

Das Land teilt mit, daß sich die Hochschulen prinzipiell über die Notwendigkeit der Fusion einig seien. Im Detail gebe es jedoch - insbesondere im Verfahren und im personellen Bereich - noch eine Reihe von Problemen zu lösen.

Für die Lehre in der Studienrichtung Fischwirtschaft hat der Wissenschaftsrat empfohlen, daß diese von Wissenschaftlern des in Berlin-Friedrichshagen neu gegründeten Blaue-Liste-Instituts für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) übernommen wird. Eine entsprechende Personalausstattung und gemeinsame Berufungen wurden empfohlen.

Erste Vorstellungen des Gründungskomitees zur Personalausstattung des Bereichs Binnenfischerei hätten dies nicht ermöglicht. Nach Intervention des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates wurde im neuen Institut eine zweite Abteilung für die Binnenfischerei eingerichtet, so daß die Lehre in der Studienrichtung Fischwirtschaft voraussichtlich zu einem erheblichen Teil von Wissenschaftlern dieses Instituts getragen werden kann. Erforderlich sind gemeinsame Berufungen (werden angestrebt) sowie zusätzliche Lehraufträge durch die neue Fakultät.

Für die Fachrichtung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ist die zur Zeit noch nicht vollzogene Gründung des vom Wissenschaftsrat empfohlenen Blaue-Liste-Instituts für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa von Bedeutung, da eine enge Kooperation dieses Instituts mit den Agrarökonomen der neuen Fakultät empfohlen wurde. Die Gründung dieses Instituts ist jetzt für Mitte 1992 vorgesehen, wobei das Land Berlin weiterhin über eine alternative Lösung verhandelt, diesen Arbeitsbereich an das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) anzugliedern.

Sachsen-Anhalt

Der Wissenschaftsrat hat die Konzentration der Agrarwissenschaften im Süden der neuen Länder durch Fusion der beiden Fakultäten in Leipzig und Halle zu einer gemeinsamen neuen Fakultät an der Universität Halle empfohlen.

Diese länderübergreifende Fusion läßt sich in der empfohlenen Weise offenbar nicht realisieren. Nach einem Gespräch der Wissenschaftsminister bzw. Staatssekretäre der beiden betroffenen Länder unter Leitung des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Agrarwissenschaften, Professor Neuweiler, zeichnet sich ab, daß das Land Sachsen-Anhalt die Fakultät in Halle zu einer Vollfakultät für Agrarwissenschaften

ausbaut. Zwischen den beiden Ländern finden derzeit Verhandlungen zur Übernahme von personellen und sächlichen Ressourcen der Leipziger Fakultät statt.

Der Neuaufbau der Tierproduktion und der Agrarökonomie, für die der Wissenschaftsrat eine weitgehende personelle Erneuerung empfohlen hat, bereitet der Universität Halle, die parallel ihren Stellenbestand kürzen muß, erhebliche Probleme. Diese Probleme werden nach Mitteilung des Landes verstärkt durch die Empfehlung, im Rahmen des Wissenschaftler-Integrations-Programms (WIP) ehemalige Mitarbeiter der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften in die Universität zu integrieren. Das Land sieht hier erhebliche Schwierigkeiten, den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu folgen. Als unerläßliche Bedingung fordert das Land, daß die empfohlenen Personen für mindestens ein Jahr an ihren Standorten weiterarbeiten können. Außerdem sollten die Betriebskosten für die Forschungsarbeiten dieser Wissenschaftler aus Mitteln des HEP finanziert werden. Das Land fordert dies für die Revision des HEP.

Die universitären Studiengänge für Agrarökonomie an der ehemaligen Hochschule für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft Bernburg laufen wie empfohlen aus. Der für die FH Anhalt empfohlene Fachbereich Landbau (Standort Bernburg) hat zum WS 91/92 mit einem Aufbaustudiengang für die Nachqualifizierung von Fachschulingenieuren begonnen.

Sachsen

Das Land hat noch nicht abschließend über die Zukunft der Landwirtschaftlichen Fakultät in Leipzig entschieden (vgl. Ausführungen zu Halle).

In Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates hat das Land die LPG-Hochschule in Meißen nicht übernommen. Der Lehrbetrieb läuft aus. Für die Veterinärmedizin in Leipzig und die Forstwissenschaft in Tharandt (TU Dresden) ist die Fortführung offenbar gesichert. Inwieweit und zu welchem Zeitpunkt die vom Wissenschaftsrat empfohlene Verstärkung einzelner Fachgebiete realisiert wird, ist derzeit noch nicht absehbar.

Das Land hat noch keinen Beschluß zur Gründung von Fachhochschulen gefaßt (außer FH Mittweida). Deswegen sind Aussagen zur Umsetzung der Empfehlungen zu den Fachbereichen Gartenbau/Landespflege und Landbau an einer künftigen FH Dresden derzeit noch nicht möglich.

Zwischenbilanz

Es zeichnet sich trotz erkennbarer Probleme eine Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates ab. Die Einstellung von Studiengängen in Rostock und Leipzig und die Gründung der neuen Fakultät in Berlin und Leipzig geht jedoch nicht so rasch vonstatten und macht größere Schwierigkeiten, als 1991 erwartet worden war. Der spürbare Rückgang der Studienanfängerzahlen für das Landwirtschaftsstudium in den alten und besonders in den neuen Ländern unterstreicht die Notwendigkeit der vom Wissenschaftsrat empfohlenen Konzentration.

Bislang nicht vorangekommen ist die personelle Erneuerung der Agrarökonomie. Der Wissenschaftsrat hat für dieses Gebiet, dessen Personalkörper an allen Fakultäten übernommen wurde, eine grundlegende Erneuerung empfohlen.

7. Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften

Die Ingenieurwissenschaften waren durch ein betont anwendungsorientiertes Profil und durch eine vielfach enge Spezialisierung, insbesondere an den Technischen Hochschulen und Ingenieurhochschulen gekennzeichnet. Den Empfehlungen hat der Wissenschaftsrat zwei Grundsätze zugrundegelegt: "Differenzierung in Universitäten und Fachhochschulen" und "Konsolidierung durch Verbreiterung der Grundlagen".

Die Ingenieurwissenschaften waren in der DDR an insgesamt 21 Hochschulen vertreten. Relativ zu anderen Fächern und auch zu den Kapazitäten für die Ingenieurwissenschaften in den alten Ländern hatten die Hochschulen der neuen Länder 1990 überproportional große Kapazitäten für die Ausbildung von Ingenieuren an Universitäten und Technischen Hochschulen. Die Weiterführung aller bestehenden Technischen Hochschulen würde deswegen nach Auffassung des Wissenschaftsrates zu unvertretbaren Überkapazitäten und zu einer "Universitätslastigkeit" der Ingenieurwissenschaften führen. Der Wissenschaftsrat hat deswegen die Gründung von Fachhochschulen aus dem Potential Technischer Fakultäten (Jena) sowie vor allem Technischer Hochschulen (Wismar, Warnemünde, Cottbus, Merseburg, Köthen, Leipzig, Zwickau und Zittau) empfohlen.

Eine Kapazitätsausweitung in den universitären Ingenieurwissenschaften wurde für Architektur und Informatik empfohlen.

Über die vom Wissenschaftsrat empfohlene Einrichtung eines vom Bund unterstützten Aufbauprogramms für Forschung und Lehre in der Informatik an Universitäten und Fachhochschulen (Laufzeit 5 bis 6 Jahre) ist zwar noch nicht entschieden worden.

Eine gezielte Wiederauflage des in den alten Ländern erfolgreichen "überregionalen Forschungsprogramms Informatik" wird vom BMFT aber nicht beabsichtigt. Es zeichnet sich jetzt ab, daß die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur gezielten Förderung der Informatik an den Hochschulen der neuen Ländern nicht umgesetzt werden. Die Möglichkeit besonderer Qualifizierungsmaßnahmen für Informatiker aus den neuen Ländern mit Hilfe eines Fonds, an dessen Finanzierung sich auch die Wirtschaft beteiligt, wird derzeit vom Bund geprüft.

Mecklenburg-Vorpommern

Der Wissenschaftsrat hat die Konzentration der universitären Ingenieurwissenschaften in Rostock und den Ausbau der dortigen Technischen Fakultät empfohlen. Für Wismar wurde die Gründung einer FH empfohlen.

Diese Empfehlung wurde im Land kontrovers diskutiert. Auf der Basis einer ebenfalls in diese Richtung votierenden Stellungnahme einer Sachverständigenkommission des Landes hat das Kabinett Anfang 1992 beschlossen, die Empfehlungen des Wissenschaftsrates in allen Punkten umzusetzen. Damit steht auch der Umsetzung der FH-Empfehlungen für Mecklenburg-Vorpommern nichts mehr im Wege.

Die Hochschule für Seefahrt Warnemünde-Wustrow wurde am 1.10.1991 in die Universität Rostock integriert. Über die Zuordnung und den Standort der Ausbildung in Seefahrt wurde noch nicht entschieden.

Brandenburg

Der Wissenschaftsrat hat empfohlen, aus den Potentialen und auf dem Gelände der Hochschule für Bauwesen in Cottbus eine Fachhochschule zu gründen. In der Empfehlungen heißt es: "Die Kapazitäten für die Ingenieurwissenschaften in den Ländern Berlin und Sachsen lassen nach Auffassung des Wissenschaftsrates derzeit keinen Bedarf für eine weitere Technische Universität am Standort Cottbus erkennen."

Mit dem Brandenburgischen Hochschulgesetz vom 24. Juni 1991 hat das Land die Rechtsgrundlage für die Errichtung einer TU in Cottbus geschaffen. Die TU Cottbus wurde am 15. Juli 1991 durch Verordnung des zuständigen Ministers errichtet. Ein Gründungssenat (Vorsitz Professor Spur, TU Berlin) erarbeitet ein Konzept für diese Neugründung, deren Kapazitäten und Fächer mit den Technischen Universitäten Berlin und Dresden abgestimmt werden sollen. Auf Beschluß des Gründungssenats und nach Bestätigung durch das Ministerium sind folgende Fakultäten errichtet worden:

Fakultät 1: Mathematik, Naturwissenschaften und Informatik
Fakultät 2: Architektur und Bauwesen
Fakultät 3: Maschinenwesen, Elektrotechnik und Produktionstechnik
Fakultät 4: Umweltwissenschaften
Fakultät 5: Philosophie und Sozialwissenschaften

Im WS 1991/92 wurde der Studienbetrieb in den universitären Studiengängen Architektur, Bauingenieurwesen, Elektrotechnik, Umweltwissenschaften und Wirtschaftsingenieurwesen neu aufgenommen. Die in Gebäuden der ehemaligen Hochschule für Bauwesen arbeitende TU Cottbus führt deren Studiengänge für die rund 1.200 eingeschriebenen Studenten bis zum Abschluß weiter. Je nach Studienfortschritt wird den Studenten der Übergang in eine universitären Studiengang ermöglicht.

Im Oktober 1991 wurden insgesamt 25 C4-Professuren für alle fünf geplanten Fakultäten ausgeschrieben.

Der Wissenschaftsrat ist mit der TU Cottbus noch nicht befaßt, da noch kein Antrag auf Aufnahme dieser Hochschule in das Hochschulverzeichnis des HBFG vorliegt.

Berlin

Entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates werden die universitären Ingenieurwissenschaften an der TU Berlin konzentriert. Die beiden vergleichsweise kleinen Studiengänge Lebensmitteltechnologie und Elektrotechnik/Elektronik werden von der HU an die TU verlagert. An der HU wird die Informatik aufgebaut.

Sachsen-Anhalt

Entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates werden Teilbereiche der TH Merseburg in die Universität Halle integriert. Eine Integrationskommission beider Einrichtungen bereitet dies vor.

Im übrigen ist in Merseburg die Gründung einer FH vorgesehen, die auf Infrastrukturen der TH Merseburg zurückgreifen soll.

Die TU Magdeburg wird entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates neu strukturiert und ausgebaut. Das Übergewicht des Maschinenbaus soll zugunsten von Elektrotechnik, Informatik, Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften reduziert werden. Vorrang hat die Konsolidierung der vorhandenen Fachgebiete. Der Empfehlung, den Ausbau der Informatik im Land vor allem in Magdeburg zu betreiben, wird gefolgt. Hier erwartet das Land Hilfe durch

Fördermittel aus dem Informatikprogramm des BMFT. Die Einrichtung verschiedener neuer Studiengänge (z.B. Chemie) wird grundsätzlich befürwortet, aber zunächst zurückgestellt. Der Aufbau eines Studiengangs Bauingenieurwesen übersteigt nach Auskunft des Landes die dortigen finanziellen Möglichkeiten.

Sachsen

Das Land hat über die Struktur seiner Hochschulen, deren Personalausstattung und das Studienangebot noch nicht entschieden.

Für die Hochschule für Verkehrswesen Dresden, für die der Wissenschaftsrat teilweise eine Integration in die TU Dresden, teilweise eine Integration in die neu zu bildende FH Dresden empfohlen hat, wurden im Dezember 1991 drei C4-Professuren (2 BWL, 1 VWL) für einen "universitären Studiengang Wirtschaft und Verkehr" ausgeschrieben.

Thüringen

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zum Ausbau und zur Verbreiterung des Studienangebots der TH Ilmenau werden umgesetzt. Immatrikulationen sind erstmals für die Studiengänge Maschinenbau, Technische Informatik und Mathematik erfolgt.

Der vom Wissenschaftsrat für die erste Ausbauphase nicht für erforderlich angesehene Diplomstudiengang Physik, der von der Hochschule geplant worden war, wird (vorerst) nicht eingerichtet.

In Jena ist die Technische Fakultät wie empfohlen aufgelöst worden. Das Personal wird z.T. in die Naturwissenschaften, z.T. in die neugegründete FH Jena aufgenommen. Für den Studiengang Maschinenbau erfolgten im WS 91/92 keine Neuimmatrikulationen mehr. Neu konzipiert wurde entsprechend den Empfehlungen ein Studiengang Technische Physik/Physikalische Ingenieurwissenschaften.

Für die HAB Weimar hat der Wissenschaftsrat eine Schwerpunktsetzung im künstlerisch-technischen Bereich empfohlen. Die Fortführung des spezialisierten Studiengangs Baustoffingenieurwesen sowie eines grundständigen Studiengangs Bauinformatik wurde nicht empfohlen.

Das Land ist bestrebt, die Empfehlungen gegen erhebliche Widerstände der Hochschule umzusetzen.

Zwischenbilanz

Zu der Umstrukturierung der Hochschulen in Sachsen läßt sich derzeit noch keine Aussage machen. Im übrigen zeichnet sich für fast alle Hochschulen eine Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates ab.

Für Cottbus hat der Wissenschaftsrat in den Ingenieur-Empfehlungen keine universitären Ingenieurwissenschaften empfohlen. Zu den anderslautenden Plänen des Landes für die neue TU Cottbus hat der Wissenschaftsrat noch nicht Stellung genommen, da hier ein Antrag des Landes auf Aufnahme der Hochschule in das Hochschulverzeichnis des HBFG noch nicht vorliegt.

Inwieweit die Empfehlungen zum raschen Aufbau der Informatik umgesetzt werden können, hängt vom Ausgang der Überlegungen im BMFT ab. Es zeichnet sich jedoch keine Umsetzung der Empfehlungen für eine Förderung des Aufbaus der Informatik ab.

8. Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen

Für die neuen Länder ist die Errichtung von insgesamt 20 Fachhochschulen an 26 Standorten empfohlen worden. In der ersten Ausbauphase sollten 52.000 Studienplätze, als mittelfristiges Ziel weitere 10.000 - 15.000 Studienplätze vorgesehen werden.

Mecklenburg-Vorpommern

Die Fachhochschulen Neubrandenburg (Bauingenieurwesen, Sozialwesen) und Stralsund (Elektrotechnik, Maschinenbau, Wirtschaft) - letztere zusammen mit der Abteilung Heiligendamm (Innenarchitektur, Design) - haben den Lehrbetrieb aufgenommen. Das Land plant die FH Wismar aus dem Bestand der bisherigen TH Wismar zu gründen; ein entsprechender Kabinettsbeschluß liegt vor (vgl. Kapitel 7).

Über den Standort der empfohlenen Fachrichtung Landbau an einer FH des Landes ist noch nicht entschieden.

Brandenburg

Für Brandenburg waren als mittelfristiges Ziel vier Fachhochschulen an den sechs Standorten Brandenburg/Potsdam, Wildau, Cottbus/Senftenberg (FH Lausitz) und Eberswalde mit 8.200 - 9.900 Studienplätzen empfohlen worden. Das Land hat diese Fachhochschulen inzwischen errichtet.

Im WS 91/92 wurde der Studienbetrieb aufgenommen in Cottbus (Betriebswirtschaft, Sozialwesen), Senftenberg (Elektrotechnik, Maschinenbau), Potsdam (Sozialwesen) und Wildau (Maschinenbau). Im SS 92 soll der Studiengang Forstwesen in Eberswalde beginnen (vgl. Kapitel 6).

Zum WS 92/93 ist geplant:

FH Brandenburg	Betriebswirtschaft, Informatik, Maschinenbau
FH Lausitz in Cottbus	Bauingenieurwesen, Versorgungstechnik
FH Lausitz in Senftenberg	Informatik, Verfahrenstechnik, Wirtschaftsingenieurwesen
FH Potsdam	Architektur, Bauingenieurwesen, Archivwesen, Bibliothekswesen
FH Wildau	Verfahrenstechnik, Physikalische Technik

Berlin

Im Ostteil von Berlin ist die Gründung der FH für Technik und Wirtschaft (FHTW) mit einer Studienkapazität von 8.800 Studienplätzen erfolgt. Die Studierenden der bisherigen Ingenieurhochschule Berlin werden an der FTHW weitergeführt. Zur Zeit werden 11 Studiengänge grundständig und als Ergänzungsstudium für Fachschulingenieure angeboten:

Angewandte Mathematik/Informatik, Elektrische Energietechnik, Automatisierungstechnik, Technische Informatik, Nachrichtentechnik, Elektronische und Physikalische Gerätetech-

nik/Mikrosystemtechnik, Maschinenbau/Konstruktion, Maschinenbau/Fertigung, Wirtschaftsingenieurwesen, Wirtschaftsinformatik, Bekleidungsgestaltung/-fertigung.

Darüber hinaus ist ab Sommersemester 1992 die Einrichtung weiterer Studiengänge geplant:

Bauingenieurwesen/Verkehrswegebau, Maschinenbau/Fahrzeugtechnik, BWL, Wirtschaftskommunikation, Kommunikationsdesign, Restaurierungstechniken, Museumskunde.

Im Endausbau sind für die FHTW 320 Professorenstellen vorgesehen, davon sind bereits 50 ausgeschrieben.

Seit Oktober 1990 bietet die staatlich anerkannte Katholische FH im Ostteil von Berlin bei einer jährlichen Aufnahmekapazität von 120 Studierenden die Studiengänge Sozialarbeit und Sozialpädagogik an.

Für die beiden neuen Fachhochschulen in Ost-Berlin liegt bislang noch kein Antrag auf Aufnahme ins Hochschulverzeichnis des HBFG vor.

Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt hat der Wissenschaftsrat die Errichtung von vier Fachhochschulen an sechs Standorten (FH Anhalt in Köthen/Bernburg/Dessau, FH Halle-Merseburg, FH Harz in Wernigerode, FH Magdeburg) mit insgesamt 9.400 - 11.400 Studienplätzen empfohlen.

Im August wurde von der Landesregierung ein Fachhochschulerrichtungsgesetz in den Landtag eingebracht, das voraussichtlich im ersten Quartal 1992 zur Abstimmung kommt. Das Gesetz sieht die vollständige Neugründung der Hochschulen an allen Standorten vor, wobei auf geeignete Ressourcen ehemaliger Einrichtungen zurückgegriffen wird. Auf der

Basis eines Entschließungsantrages des Landtages konnte der Beginn der Fachhochschulausbildung noch im WS 1991/92 an drei der vier geplanten Fachhochschulen eingeleitet werden. Gründungsrektoren wurden an allen geplanten Fachhochschulen eingesetzt. Parallel zur Ausbildung von Erstsemesterstudenten konnten für Ingenieurschulabsolventen des Jahres 1991 in den technischen Disziplinen einjährige Ergänzungsstudiengänge angeboten werden, um den Erwerb des Diploms (FH) zu ermöglichen. Insgesamt hat das Land Sachsen-Anhalt zum WS 1991/92 knapp 1.000 Studienplätze bereitstellen können. Die Ausbildung erfolgt ausschließlich auf der Basis von Lehraufträgen, da die Voraussetzungen für Berufungen noch nicht gegeben sind. Die Entwicklung der Standorte im einzelnen:

FH Magdeburg:

Im WS 91/92 wurde mit der Ausbildung in den Bereichen Maschinenbau, Elektrotechnimk, Bauingenieurwesen und Wasserwirtschaft begonnen. Das Angebot erstreckt sich auf die Erstsemesterausbildung und die Nachqualifizierung der Ingenieurschulabsolventen. Noch im ersten Quartal 1992 sollen die Gründungsdekane für die geplanten Fachbereiche Bauingenieurwesen, Elektrotechnik, Maschinenbau und Sozialwesen offiziell eingesetzt werden.

Nach Mitteilung des Landes wird der Landtag im Fachhochschulerrichtungsgesetz voraussichtlich eine Außenstelle Stendal als zusätzlichen Standort der FH Magdeburg fordern. Eine Erweiterung der Studienplatzzahlen soll damit nicht verbunden werden.

FH Harz:

Im WS 1991 wurde mit ca. 70 Studenten die Ausbildung im Studiengang Betriebswirtschaft begonnen. Für das WS 92/93 ist der Start im Bereich Elektrotechnik geplant.

FH Anhalt:

Am Standort Köthen wurde zum WS 91/92 mit der Ausbildung in den Bereichen Verfahrenstechnik/Umwelttechnik, Lebensmitteltechnologie/Biotechnologie und Maschinenbau für Erstsemester begonnen. Zusätzlich werden Absolventen der Ingenieurschule für Maschinenbau nachqualifiziert.

Am Standort Bernburg wurde zum WS 91/92 mit der Ausbildung in den Studiengängen Betriebswirtschaft und Landwirtschaft begonnen. Die landwirtschaftliche Ausbildung beschränkt sich z.Z. noch auf die Nachqualifizierung. Die Integration wesentlicher Gebäude des Instituts für Getreideforschung wird mit dem Haushalsjahr 1992 realisiert. Die Nutzung der Versuchsflächen wird in Kooperation mit einer Landesversuchsanstalt für Pflanzenproduktion des Landwirtschaftsministeriums erfolgen.

Am Standort Dessau ist ein Gründungsdekan tätig mit dem Ziel, im SS 1992 mit der Ausbildung im Bereich Bauingenieurwesen/Architektur zu beginnen.

FH Merseburg:

Die Gründung der FH Merseburg ist für den 1. April 1992 vorgesehen. Die Neugründung wird im wesentlichen auf die Infrastrukturen der TH Merseburg zurückgreifen, soweit sie nicht als universitäre Strukturen zur Integration in die Universität Halle empfohlen sind. Der Gründungsrektor bereitet den Beginn der Ausbildung in zwei Studiengängen vor, wobei der Beginn im Bereich Sozialwesen jetzt schon feststeht.

Sachsen

Für das Land Sachsen sehen die Empfehlungen des Wissenschaftsrates 15.300 - 18.500 Studienplätze an fünf Fachhochschulen vor. Bisher hat lediglich die FH Mittweida den Studienbetrieb aufgenommen. In dem Konzept, das die Landeshochschulstrukturkommission Sachsen vorgelegt hat, ist neben den vom Wissenschaftsrat empfohlenen Standorten Dresden, Leipzig, Mittweida, Zittau/Görlitz und Zwickau eine weitere FH in Schneeberg/Erzgebirge vorgesehen.

Das Land hat über die Errichtung der FH noch nicht entschieden. Es zeichnet sich ab, daß die Empfehlungen des Wissenschaftsrates in den wichtigsten Punkten umgesetzt werden.

In Dresden hat die Evangelische Fachhochschule für Sozialwesen ihren Lehrbetrieb aufgenommen. Das Land hat eine Stellungnahme zur Aufnahme dieser Hochschule ins Hochschulverzeichnis des HBFG erbeten.

Thüringen

In Thüringen haben die drei in Jena, Erfurt und Schmalkalden empfohlenen Fachhochschulen mit zur Zeit 1.134 Studenten (darunter 418 Studienanfänger) und 619 in Aufbaustudiengängen eingeschriebenen Fachschulingenieuren den Studienbetrieb bereits aufgenommen. Der Wissenschaftsrat hatte vorgeschlagen, mittelfristig eine Kapazität von 8.500 - 10.300 Studienplätzen einzuplanen. An der FH Jena werden gegenwärtig Elektrotechnik und Fernwerktechnik, an der FH Schmalkalden Maschinenbau und Elektrotechnik und an der FH Erfurt die Studiengänge Architektur, Bauingenieurwesen, Sozialwesen, Versorgungstechnik, Gartenbau und Landespflege angeboten. Mit den genannten Fächern - und unter Berücksichtigung des noch laufenden Aufbaus - hat das Land den Fachhochschulempfehlungen weitgehend entsprochen.

Der Wissenschaftsrat ist inzwischen um ein Votum zur Einrichtung eines weiteren FH-Studiengangs Verkehrswesen (evtl. am Standort Gotha) gebeten worden.

Zwischenbilanz

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates sind in einem Umfang umgesetzt worden, der bei der Verabschiedung der Empfehlungen im Juli 1991 nicht erwartet worden war.

Ein besonderer Bedarf besteht für Aufbaustudiengänge für Absoventen der Ingenieurschulen, die in Thüringen und Sachsen-Anhalt eingerichtet wurden und für weitere Länder (u.a. Berlin) geplant sind.

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, im Zuge des Neuaufbaus der FH auch einen Studiengang Verwaltungswesen aufzubauen und auf spezielle verwaltungsinterne Fachhochschulen zu verzichten, wird voraussichtlich nicht umgesetzt werden. Lediglich in Brandenburg ist ein entsprechender Plan des Wissenschaftsministers noch in der Prüfung.

Entgegen den Empfehlungen des Wissenschaftsrates haben die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen verwaltungsinterne Fachhochschulen für die Ausbildung von Forstingenieuren eingerichtet. In beiden Fällen wurden frühere Fachschulen in Fachhochschulen überführt. Diese verwaltungsinternen Fachhochschulen schränken die vom Wissenschaftsrat für die FH Eberswalde empfohlene überregionale Aufgabenstellung ein, für die aufgrund der benachbarten Forschungsanstalt für Forstwissenschaft in Eberswalde (Mehr-Länderanstalt) einzigartige Voraussetzungen bestehen.

Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Personalstruktur an den neuen Fachhochschulen, zu ihren Aufgaben in der angewandten FuE und zu der Kooperation der FH mit benachbarten Universitäten liegen keine ausreichenden Informationen vor, die hierzu bereits eine Stellungnahme ermöglichen könnten.

9. Resumée

Die Rahmenbedingungen für ein leistungsfähiges, differenziertes Hochschulsystem wurden mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates und dem Hochschulerneuerungsprogramm geschaffen.

a) Die strukturelle und personelle Erneuerung der Universitäten ist eingeleitet, überwiegend jedoch nicht so weit fortgeschritten, wie dies für die außeruniversitären Institute der Fall ist. Bis auf das Land Sachsen haben alle Länder die Strukturentscheidungen für ihre künftige Hochschullandschaft getroffen.

b) Eine größere Zahl von Professuren wurde ausgeschrieben, vor allem für Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie für Pädagogik. Die Ausschreibungen erfolgten zumeist erst im November und Dezember 1991. Es konnten bislang erst wenige Berufungsverfahren zum Abschluß geführt werden. Die Zahl der angenommenen Rufe ist sehr gering. Es stellt sich - wie auch bei den außeruniversitären Instituten - heraus, daß der Mangel an Wohnungen in den Hochschulstädten zu einem gravierenden Engpaß für die Berufung von Wissenschaftlern wird.

c) Der bisherige Stand der Berufungsverfahren läßt noch keine Rückschlüsse auf das Potential an qualifizierten Wissenschaftlern zu, die bereit sind, Lehrstühle an den Hochschulen der neuen Länder zu übernehmen.

d) Bis auf das Land Sachsen - hier stehen die abschließenden Strukturentscheidungen noch aus - haben die Länder die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Aufbau von Fachhochschulen umgesetzt. Die Umwandlung von Ingenieurhochschulen und Technischen Hochschulen wurde wie empfohlen in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt realisiert. Von den 20 empfohlenen Fachhochschulen haben 13 den Studienbetrieb bereits aufgenommen, weitere Studiengänge sollen 1992 eröffnet werden.

e) Ob das empfohlene Aufbauprogramm Informatik realisiert wird, ist zwar noch offen, nach dem derzeitigen Informationsstand aber unwahrscheinlich. Die endgültige Entscheidung des BMFT steht noch aus.

f) Probleme gibt es bei der Empfehlung des Wissenschaftsrates zur Konzentration der Agrarwissenschaften an der HU Berlin (hier liegt zur Zeit der Entwurf für ein Fusionsgesetz vor), an der Universität Rostock (die klassiche Agrarwissenschaft wird weitergeführt) und bei der Zusammenführung der Fakultäten der Universitäten Leipzig und Halle am empfohlenen Standort Halle.

g) Abweichende Strukturentscheidungen der Länder gibt es bei den Juristischen Fakultäten in Mecklenburg-Vorpommern (jeweils eine Neugründung in Rostock und Greifswald) und in Brandenburg (jeweils eine Neugründung in Potsdam und Frankfurt/Oder). Dies gilt auch für die Gründung von zwei Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in Potsdam und Frankfurt/oder. Die Gründung der TU Cottbus entspricht nicht den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, nach denen aus den Potentialen der dortigen Hochschule für Bauwesen eine Fachhochschule errichtet werden sollte.